

## **Beantwortung des Fragenkatalogs der Psychologen und der Psychotherapeuten durch die AfD**

Greifswald, d. 17.07.21

Vorbemerkung:

Aus Gründen der flüssigen Lesbarkeit wird in den Antworten die männliche Form bzw. der generische Plural bei den Personalbezeichnungen verwendet. Dies kann bei Bedarf auch in anderer Form gedacht werden und beinhaltet keinerlei Diskriminierung weiblicher Personalformen.

### **1) Was werden Sie für eine gute Unterstützung des Systems Schule durch Schulpsychologinnen tun? Wie werden insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche in Ihre Maßnahmen oder Vorschläge einbezogen?**

Die psychische Gesundheit unserer Kinder ist uns ein zentrales Anliegen. Dies betrifft alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Deshalb muss es primär darum gehen, den Kindern in der Schule eine hinreichende Resilienz gegen die alltäglichen Belastungen zu vermitteln. Dies gelingt durch die Vermittlung gesunder Lebensführung und von nachhaltigen Wertvorstellungen, die nicht abhängig sind von den kleinen Erfolgen und Niederlagen im Alltag. Dies ist zuallererst Aufgabe der Familien und Pädagogen. Letztere haben dafür die erforderliche Ausbildung erfahren. Familien und Pädagogen müssen in besonderen Fällen und bei Bedarf auf die Unterstützung von Psychologen zurückgreifen können. Das Ausmaß dieser Unterstützung muß von den Bedarfssituationen abgeleitet werden. Der Zugang zu einer Unterstützung sollte dabei sowohl von Seiten der Erziehungsberechtigten und Pädagogen als auch von Seiten der Schüler möglich sein. Dabei ist zu prüfen, inwieweit die Infrastruktur des schulpsychologischen Beratungssystems noch zielgerichteter an die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen angepasst werden kann. So sollten Brennpunktschulen stärker in den Fokus gerückt werden, aber auch niedrigschwellige Angebote zur psychologischen Beratung, zum Beispiel per Telefon, zur Verfügung stehen. Auf jeden Fall sollte die Struktur der Unterstützungsleistungen eine potentiell denkbare Stigmatisierung der bedürftigen Kinder und Jugendlichen vermeiden. So könnten Nottelefone für Kinder auch zugleich dem Zweck schulpsychologischer Beratung dienen. Eltern und Pädagogen, als auch Kinder und Jugendliche sind hinreichend über die Hilfsmöglichkeiten zu informieren.

### **2) Welche Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Verringerung von Ungleichheiten beispielweise bei Gesundheits- und Bildungschancen oder im Bereich Inklusion planen Sie?**

Gesellschaftlicher Zusammenhalt basiert auf einem gesellschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühl und u.a. sozialen Wertvorstellungen. Dabei kann es nicht darum gehen alle Ungleichheiten zwischen Menschen zu beseitigen, sondern darum, dass sich jedes Leben auf seinen höchsten Wert entwickeln kann (nach A. Schweizer). Wir setzen uns für ein Schulsystem ein, in dem jeder Schüler gemäß seinen Fähigkeiten optimal gefördert wird. Alle an der Bildung und Erziehung Beteiligten sollten auf die Verringerung bestehender Chancenunterschiede hinwirken. Eine Wertgraduierung von Menschen aufgrund von Ausbildung und Entwicklung lehnen wir ab.

Wir setzen uns für eine weitgehende Durchgängigkeit unseres Bildungssystems ein, so daß nichtparallele Entwicklungsperioden der Kinder und Jugendlichen genutzt werden können.

Unter Inklusion verstehen wir die bestmögliche Förderung behinderter oder anderweitig benachteiligter Kinder und Jugendlicher, um ihnen eine weitgehende, selbstbestimmte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies kann, unter gegebenen Voraussetzungen, auch durch Einbeziehung in den schulischen Regelbetrieb möglich sein.

Wir bevorzugen den Erhalt unseres Systems der Förderschulen (nicht nur bei Seh- und Hörbehinderungen) und lehnen insbesondere auch die Schließung der Förderschulen mit den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten Lernen und Sprache ab.

**3) Digitalisierung und Klimawandel erfordern massive Veränderungen, die eine psychische und soziale Anpassungsleistung bei jedem einzelnen notwendig machen. Wo planen Sie in den Wandlungsprozessen größere Beiträge der Psychologie ein?**

Die Digitalisierung und die Maßnahmen der Politik gegen den Klimawandel fordern die kognitiven und mentalen Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen heraus. Allerdings entstehen die Unsicherheiten der Menschen vor allem aufgrund von geschürten, unbestimmten Ängsten. Es werden „soziale Anpassungsleistungen“ und „Wandlungsprozesse“ angekündigt und eingefordert, die nicht näher benannt werden. Unsere politische Forderung ist, eine offene gesellschaftliche Debatte über diese Themen zu führen, um klare Handlungsperspektiven und -optionen abzuleiten. Die deutschen Bürger sollten nicht obrigkeitstaatlich wie Untertanen geführt, sondern zu eigenverantwortlichem Mitwirken an der Lösung anstehender Aufgaben motiviert werden. Eine solche aktive Einbindung in vernunftorientierte Lösungsstrategien verstärkt die psychische Resilienz der Menschen.

Geringe Selbstwertschätzung führt zu verschiedenen Ersatzbefriedigungen (Süchten nach Narkotika, dem Verlieren in „Sozialen Netzwerken“, Online-Spielen oder Pornografie). Diesen Problemen und ihren Ursachen sollten sich die Psychologen verstärkt widmen.

Schulpsychologen sollen Kinder und Heranwachsende darüber aufklären, dass echte soziale Kontakte außerhalb des Netzes wichtig sind und wo falsche Darstellungen der Realität lauern.

**4) Inwieweit werden Sie Gesundheitsförderung, Prävention und psychische Belastungen in weiteren Gesetzesvorhaben aufgreifen? Welchen Stellenwert sehen Sie für die Berufe Psychologin/ Psychologe? Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankern?**

Der letzte Gesundheitsbericht für Mecklenburg-Vorpommern zeigt auf, dass die psychischen Erkrankungen hohe Steigerungsraten aufweisen. Wir halten eine Ursachenanalyse für eine wesentliche Voraussetzung zielgerichteter Hilfsmaßnahmen. Grundsätzlich messen wir der Gesundheitsförderung und der Prävention eine hohe Bedeutung bei (siehe Pkt. 1). Dabei muss es in der Zielstellung um die Einheit von körperlichem und mentalem Wohlbefinden gehen. Wir halten einen salutogenetischen Ansatz dabei für zielführend.

Wir bemessen der bereits weit verbreiteten Einbindung von Psychologen und Psychotherapeuten bei Rehabilitationsmaßnahmen einen hohen Stellenwert bei.

Die Lehre soll künftig mehr darauf ausgelegt werden, dass in psychiatrischen Einrichtungen Praxiserfahrung gesammelt wird, um Nachwuchs heranzuführen und praktisches Wissen zu vermitteln.

**5) Die Belastungen im Arbeitsleben, insbesondere in der Pflege und der Gesundheitsversorgung sind hoch. Welche Maßnahmen zum gesunden Arbeiten und gesunden Altern planen Sie?**

Wir sehen nicht nur eine hohe Belastung im Arbeitsleben des Gesundheitswesens und der Pflege, sondern grundsätzlich aufgrund der allumfassenden Digitalisierung unseres beruflichen und privaten Lebens. Diese Belastungen sind durch viele Menschen allein ohne zusätzliche Ausbildung, sondern durch „learning by doing“ zu bewältigen. Wir erwarten, dass diese Belastungen aufgrund der modernen Ausbildung der nächsten Generation wieder ein normales Maß annehmen werden. Zudem zeigen Teile der jungen Generation bereits einen Trend, welcher eine größere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einfordert. Die Digitalisierung könnte diese Forderung begünstigen.

Die AfD vertritt ein Rentenmodell in dem der Zeitpunkt des Renteneintritts freiwillig und individuell gewählt werden kann.

**6) Welche Änderungen planen Sie, um die weiter bestehenden prekären Situationen in der Psychotherapieausbildung aufzulösen?**

Wir halten eine bedarfsorientierte Ausbildung von Psychotherapeuten für Mecklenburg-Vorpommern für erforderlich. Die Ausbildung sollte in dieser Größenordnung kostenfrei gewährleistet werden.

**7) Welche Maßnahmen streben Sie an, um eine gute und sektorenübergreifende psychotherapeutische Versorgung ohne lange Wartezeiten zu erreichen? Wie würden vorbeugend sensible Daten im Rahmen der Digitalisierung des Gesundheitswesens geschützt werden? Stichwort: elektronische Gesundheitsakte.**

- a) Die Beantwortung dieser Frage setzt eine Situations- und Prozessanalyse in Mecklenburg-Vorpommern voraus. Leider ist dies in der Enquetekommission „Gesundheitswesen in M-V bis 2030“ (2020/21) aufgrund des engen Zeitrahmens nicht hinreichend erfolgt.
- b) Patientendaten unterliegen grundsätzlich einem besonders strengen Datenschutz. Der Patient hat die Datenhoheit und entscheidet über die Freigabe dieser Daten, solange keine Betreuungssituation vorliegt.

Grundsätzlich ist es aber hilfreich, wenn Patienten dazu animiert werden alle ihre Daten zur Verfügung zu stellen. Seelische Leiden stehen oft in Zusammenhang mit gesundheitlichen Leiden und sind oft nicht zu trennen.

**8) Aus berufspolitischer Sicht halten wir es für dringend erforderlich Krankenhäuser flächendeckend abzusichern – Schließungen von Krankenhäusern beziehungsweise Stationen sowie z.B. Geburtsstationen zu vermeiden. Mecklenburg ist ein Flächenland und vielen Bevölkerungsgruppen können lange Wege zur Gesundheitsversorgung nicht zugemutet werden, da das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs dies auch verhindert. So sind Geburten auf der Straße nicht familienfreundlich und für Mutter und das Kind gesundheitsgefährdend. Welche Position nimmt ihre Partei zur Krankenhausversorgung in MV sowie zu insbesondere Allgemeinmediziner:innen und Kinderärzt:innen ein?**

Die AfD strebt auf Bundes- und Landesebene eine flächendeckende medizinische Versorgung an und stellt sich Schließungen aus Kostengründen entgegen. Wir fordern eine Reform des DRG-Systems und weitere Anreize für Ärzte, sich im ländlichen Raum niederzulassen. Gerade die Schließungen von Geburtsstationen und damit weitere Wege führen zu Ängsten bei werdenden Müttern.

Die AfD betrachtet die Förderung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum als eine der aktuell dringendsten Aufgaben. Unser politischer Forderungskatalog umfasst folgende Maßnahmen:

1. Aufhebung der Kopfpauschalen-Vergütung und der Budgetierung der ärztlichen Honorierung.
2. Beendigung der Deckelung im Abrechnungssystem (Degression).
3. Finanzielle und organisatorische Niederlassungshilfen.
4. Abbau der Hürden bei der Anstellung von ärztlichem Personal, wie z. B. der Jobsharing-Limitation.
5. Weiteren Ausbau von Arztpraxen / Polikliniken/MVZ mit angestellten Ärzten auch unter der Trägerschaft der Kommunen, aber unter ärztlicher Leitung.
6. Förderung von Medizinstudenten, die sich nach dem Studium für einen gewissen Zeitraum zu einer Berufstätigkeit in strukturschwachen Gebieten verpflichten.
7. Bereitstellung von günstigen Studiendarlehen für Medizinstudenten, die mit einer - auch anteiligen - Berufstätigkeit in unterversorgten Landkreisen sukzessiv erlassen werden.
8. Konsequente Wahrnehmung des Sicherstellungsauftrages für eine flächendeckende Versorgungsdichte durch die Kassen(zahn-)ärztlichen Vereinigungen.

**9) Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern vielfach in Kliniken und Beratungsstellen. Sie werden oft nicht am Tarifsystem des öffentlichen Dienstes orientiert bezahlt. Eine Entlohnung, angelehnt an E 13 bis E 15, den hohen wissenschaftlichen Ausbildungsstand der Psycholog:innen und Psychotherapeutinnen beachtend, ist unser Ziel. Werden Sie den BDP bei diesen Forderungen unterstützen? Welche Haltung zu diesen Berufen hat ihre Partei?**

- a) Wir halten eine Einmischung der Politik in die Tarifautonomie für falsch.
- b) Psychologen und Psychotherapeuten sind wesentlicher Teil unseres Gesundheitssystems. Die hohe Bedeutung dieser Berufsgruppen ergibt sich schon daraus, daß psychische Erkrankungen von den Patienten oft als besonders schwere Belastungen ohne Ausweg empfunden werden und u.U. im Suizid enden.
- c) In psychiatrischen Einrichtungen wird die Politik aufgrund des Nachwuchsmangels in Zukunft nicht drumherum kommen die Gehälter anzupassen.

**10) Im Jahr 2020 und 2021 haben sich durch die „Corona Krise“ besondere Belastungen von Familien, Kindern und Berufstätigen gezeigt. Wir halten eine stabile Beratungsmöglichkeit in Form von Erziehungs- und Familienberatungsstellen im gesamten Bundesland flächendeckend für erforderlich. Ähnliches gilt u.a. für Schuldnerberatungsstellen, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und anderen. Auch Nottelefone für Frauen und Kinder sind ein Muss, auch ausreichende Plätze in Frauenhäusern. Welche Position nimmt ihre Partei ein?**

Die besondere Belastung der Menschen durch die Anti-Corona-Politik der Bundes- und Landesregierung kann nicht geleugnet werden. Unabhängig davon bewerten wir die politischen Maßnahmen über weite Bereiche als unverhältnismäßig und überzogen. Diese Unverhältnismäßigkeit führte zu einer besonders starken Belastung beruflich Selbständiger, von Familien, von Kindern und Jugendlichen. Einen wesentlichen Fehler sehen wir in der Krisenkommunikation von Regierung und Medien. Es ist bekannt, dass das Bundes-Innenministerium Anfang 2020 in einem internen Papier

aufforderte, den Medien eine dramatische Berichterstattung nahezu legen, um die Akzeptanz der politischen Maßnahmen sicherzustellen. Regieren durch Erzeugen von Ängsten führt zu Opfern, die nicht auf das Coronavirus zurückzuführen sind.

Die AfD Mecklenburg-Vorpommern forderte deshalb eine Entpolitisierung der Pandemie und für die Bewertung der Pandemiesituation die Einrichtung eines unabhängigen, öffentlich tagenden Gremiums von Fachleuten (Epidemiologen, Psychologen, Soziologen, Ökonomen und Verfassungsrechtler mit unterschiedlichen Bewertungsansätzen).

Wie bereits in einigen o.g. Punkten hervorgehoben, halten wir eine psychische Resilienzsteigerung im Lebensvorfeld für eine der wichtigsten Voraussetzungen, um außergewöhnliche Belastungen im Lebensverlauf begegnen zu können. Darauf sollte das erste Augenmerk gelegt werden.

Die o.g. Beratungsstellen sind erforderlich, um Problemsituationen aufzulösen. Die Angebotsdichte sollte sich an der Bedarfssituation und der Beratungsqualität (Prozessqualität, Ergebnisqualität) orientieren. Ziel der Beratungsstrukturen sollte es dabei sein, sich selbst überflüssig zu machen.

Der Betrieb von Frauenhäusern, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen oder Notrufnummern ist eine soziale Pflichtaufgabe des Staates; sie ist finanziell hinreichend sicherzustellen.